

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 66 (1969)

Heft: 8

Artikel: Ausbau der schweizerischen Stiftung "Für das Alter"

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839389>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fristete Hilfe nicht. Die Vaterschaftsprozesse können kaum rascher abgewickelt werden, da auch die Interessen des als Kindsvater angeklagten Mannes einer eingehenden Prüfung bedürfen. Wenn sich die finanzielle Lage des Kindsvaters als dermaßen ungünstig herausstellt, daß nach seiner Verurteilung keine Alimente zu erwarten sind, dann leisten die Fürsorgebehörden die erforderliche Hilfe. Ein *Überbrückungskredit* drängt sich aber in den Fällen auf, wo ein an sich zahlungsfähiger Vater die Vaterschaft bestreitet, während die Mutter nicht in der Lage ist, für die erwachsenden Kosten aufzukommen.

Schon heute wird eine solche Bevorschussung künftiger Vaterschaftsleistungen durch die Bezirksjugendsekretariate und Amtsvormundschaften gelegentlich vermittelt, doch reichen die Mittel nicht aus, um der großen Zahl dieser Fälle gerecht zu werden. Der Regierungsrat möchte daher aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke einen entsprechenden *Fonds* ausscheiden, der von der Erziehungsdirektion zu betreuen wäre. Eine einmalige Einlage von 150 000 Franken dürfte vorerst genügen.

Für die Verwendung der Fondsmittel wird der Regierungsrat ein *Reglement* ausarbeiten. Überbrückungskredite sollen danach nur bedürftigen Müttern zuteil werden, wenn ein an sich zahlungsfähiger Vater bezeichnet wird; *offensichtliche Armenfälle dagegen werden von den Fürsorgebehörden übernommen*. Die Hilfe soll ferner erst nach einer angemessenen Karenzfrist einsetzen und den Betrag von rund 1800 Franken pro Jahr nicht übersteigen. Die Beträge sind nach Möglichkeit nach Abschluß des Vaterschaftsprozesses *zurückzufordern*, da es ja nicht um eine finanzielle Entlastung des Kindsvaters geht. Der Regierungsrat hofft, daß mit dieser Vorlage ein weiterer Schritt zur Lösung der Probleme getan werden kann, welche eine außer-eheliche Geburt für Kind und Mutter mit sich bringt. NZZ Nr. 443/1969

Ausbau der schweizerischen Stiftung «Für das Alter»

ag Unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Professor *W. Saxer*, tagte am 21. Juli das Direktionskomitee der schweizerischen Stiftung «Für das Alter» in Zürich. Der Zentralsekretär orientierte über den Stand des seit Herbst letzten Jahres vom Komitee beschlossenen Aus- und Aufbaues der Kantonalkomitees durch die Einrichtung von dezentralisierten *Beratungs- und Fürsorgestellen* mit hauptamtlich tätigen Sozialarbeitern. Heute bestehen bereits in 13 Kantonen insgesamt 27 solche Stellen der Stiftung.

Das Direktionskomitee genehmigte den Jahresbericht und die Jahresrechnung 1968 zu Händen der im Oktober stattfindenden Abgeordnetenversammlung. In bezug auf eine klare und generelle Aufgabenabgrenzung zwischen der Stiftung und anderen Hilfswerken wurde den hiefür ausgearbeiteten Richtlinien zugestimmt. Das Bestreben geht dahin, dadurch nach Möglichkeit Doppelspurigkeiten in der sozialen Arbeit für die Betagten zu vermeiden.

Schließlich genehmigte das Komitee die infolge der 7. AHV-Revision notwendig gewordenen Abänderungen der Leitsätze betreffend die Ausrichtung von Fürsorgebeiträgen.